

AUSSENANSICHT

Solidarität
und EgoismusDR. ERICH
MÜLLER
Umweltschützer

Die Menschheit ist mit vielen Problemen konfrontiert. Zwei weltweite Gefahren für das Fortbestehen der Menschheit sind besonders kritisch: Die Corona-Pandemie und der Klimawandel.

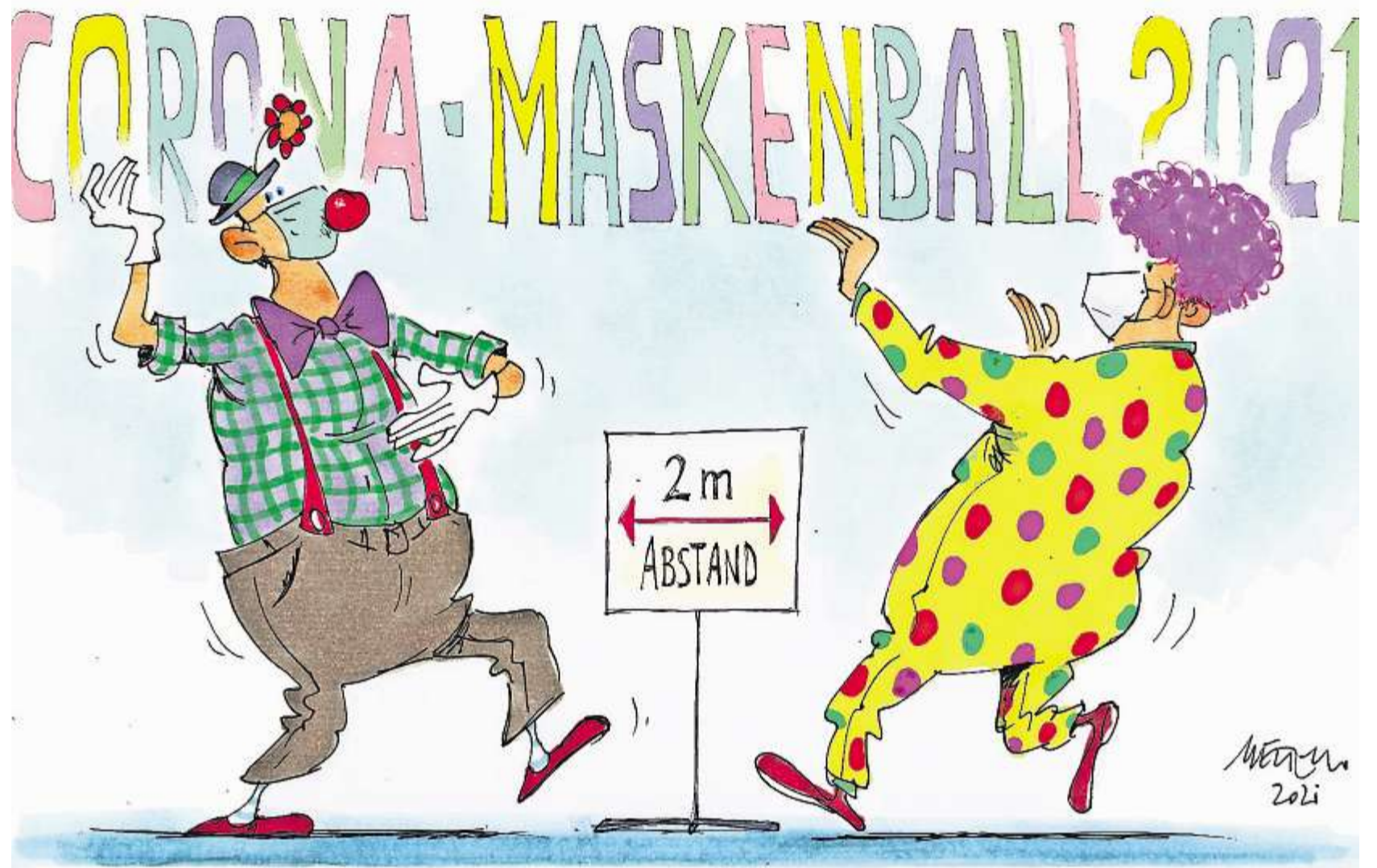
Beide bedrohen die Existenz der Menschheit. Jedoch gibt es Unterschiede in der Komplexität und in der subjektiven Wahrnehmung der Menschen. Während die Pandemie in aller Munde ist, hat der Klimawandel leider an Bedeutung im Denken der Menschen verloren. Die Auswirkungen von Covid 19 sind nicht auf einer Zeitskala von Jahren, sondern von Wochen und Tagen sichtbar und deshalb präsenter. Die Auswirkungen der Virus-Pandemie sind an wenigen, überschaubaren Kennzahlen darstellbar. Die Mechanismen des Klimawandels sind wesentlich komplexer, Wirkungen oft nicht in einer einfachen Kausalkette darstellbar. Klimawandel-Leugner tun sich da schon leichter als Corona-Leugner.

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie sind in ihrer Wirkung leicht nachzuvollziehen: Abstand halten und Masken tragen reduzieren die Übertragung des Virus, die Impfung beseitigt das Problem. Der Kampf gegen den Klimawandel erfordert dagegen viele Maßnahmen in Politik, Wirtschaft und im Verhalten jedes Einzelnen. Die Nachverfolgung der Wirksamkeit der einzelnen Maßnahmen ist schwierig. Was Pandemie und Klimawandel gemeinsam haben, ist die deutliche Manifestation von Solidarität einerseits und Egoismus andererseits. Menschen sind bereit, sich persönlich einzuschränken und sich gegenseitig zu unterstützen. Menschen reduzieren ihren Fleischkonsum, ihren Energieverbrauch und CO₂-Abdruck, verzichten auf Kunststoff, installieren PV-Anlagen. Andererseits findet man Menschen, die in Lockdown-Zeiten Bilder aus dem Urlaub auf den Malediven posten. Menschen hamstern Kloppapier und holen sich ihre kostenfreien FFP2-Masken gleich in mehreren Apotheken. Menschen kaufen sich mit trotziger Miene den neuesten SUV, halten den Klimawandel für die abstruse Idee einiger „Weltverbesserer“ und verbrauchen Ressourcen, als gäbe es kein Morgen. Leider ist die Solidarität vieler nötig, um den Egoismus weniger zu kompensieren. Umso wichtiger ist, dass wir bei der Bekämpfung der Pandemie und des Klimawandels in unserer Solidarität nicht nachlassen.

AUTORENINFORMATION

Der Autor (Foto: E. Müller) ist stellvertretender Sprecher bei Greenpeace Regensburg.

Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.



Ein Dis-Tänzchen in Ehren kann auch Corona nicht verwehren.

KARIKATUR: MESTER

LEITARTIKEL

Altmaier verspielt letztes Vertrauen

LOCKDOWN Die Verzögerungen bei den Corona-Hilfen sind ein Skandal. Statt sich gegenseitig die Schuld zuzuschieben, müssen der Wirtschafts- und der Finanzminister endlich an einem Strang ziehen.

REINHARD ZWEIGLER



Vor elf Monaten, ganz am Anfang der bis dahin in ihren Dimensionen ungekannnten Herausforderung, versprachen Olaf Scholz und Peter Altmaier vollmundig, quasi mit der Bazooka würden staatliche Krisenhilfen in die von der Corona-Krise gebeutelte Wirtschaft geschossen. Doch nach den quälend langsam in Gang gekommenen November- und Dezemberhilfen und der erst vergangene Woche eröffneten Antragsmöglichkeit für die Überbrückungshilfe III muss man leider bitter konstatieren: die Bazooka hat erheblich Ladehemmung. Die Verzögerungen bei der Auszahlung der Hilfen des Bundes sind ein Skandal. Und statt sich gegenseitig die Schuld für die Misere zuzuschieben, müssen Wirtschafts- und Finanzminister endlich an einem Strang ziehen – und das vor allem in eine Richtung. Wahlkampf können Scholz und Altmaier später noch machen.

Die harte Wirklichkeit, in der viele große, mittlere und kleinere Unternehmen, Einzelhändler, Gastronomen, Hoteliers, Soloselbstständige landauf landab um das nackte Überleben kämpfen, unterscheidet sich teilweise brutal von den vagen Versprechen aus Berlin. Was nützt es, wenn Altmaiers Ministerium gebetsmühlenartig auf allein sechs Hilfs-

programme verweist, wenn etwa von zugesicherten 80 Milliarden Euro für die November- und Dezemberhilfe erst vergleichsweise mickrige sechs Milliarden Euro ausgezahlt wurden?

Was hilft es, wenn sich Berlin einen schlanken Fuß macht und darauf verweist, von den Abschlagszahlungen auf die November- und Dezemberhilfen seien doch bereits über 90 Prozent geflossen. Und im Übrigen sei die Auszahlung der Hilfen seit Januar Sache der Länder. Will sich der Bund, will sich der in erster Linie verantwortliche Bundeswirtschaftsminister aus der Verantwortung stehlen? Das darf nicht wahr sein! Der von der Pandemie geplagten Wirtschaft helfen keine statistischen Zahlenspielerien nach dem Muster: der Teich war im Durchschnitt nur einen halben Meter tief, trotzdem ist die Kuh ertrunken.

Peter Altmaier war lange Zeit so etwas wie Angela Merkels erster Feuerwehrmann. Als Umweltminis-

ter und Kanzleramtschef landeten auf seinem Tisch die besonders brisanten Probleme. Freilich war er dabei auch nicht immer der effektivste Brandbekämpfer. Schon in der Flüchtlingskrise hakete es gewaltig bei der Verteilung der Bundesgelder an die Länder, Landkreise und Kommunen. Als Bundeswirtschaftsminister hätte der sinnfrohe Saarländer und Bismarck-Bewunderer eigentlich nun die Gelegenheit, als oberster Krisenmanager und Retter der Wirtschaft in die Geschichte einzugehen. Allerdings ist er zurzeit drauf und dran, das letzte bisschen Vertrauen der Wirtschaft in die Managementfähigkeiten der Regierung zu verspielen.

Immer neue Krisengipfel helfen da kaum weiter, zumal sie die Probleme nur wortreich zukleistern, statt sie in der Praxis zu lösen. Dazu gehört etwa der Verweis auf gravierende Probleme mit den digitalen Antragsplattformen für die Staatshilfen. Altmaiers Haus ist nicht dazu da zu erklären, warum es nicht oder nur quälend langsam vorangeht, sondern für das Machen.

Das Murren in Wirtschaft und Verbänden ist unüberhörbar. Und selbst bei eingefleischten Unionsanhängern in der Bundestagsfraktion, in den Ländern und Wahlkreisen nagt der Zweifel daran, ob Altmaier noch der richtige Mann für das wichtige Wirtschaftsressort im Bund ist.

Als Friedrich Merz Mitte März nach verllorener Wahl um den CDU-Chefposten frech das Ministerium in Berlin für sich einforderte, hielt Merkel noch zu Altmaier. Es könnte sein, dass sie inzwischen bereut, keinen neuen Krisenmanager installiert zu haben.

„Will sich der Bund aus der Verantwortung stehlen? Das darf nicht wahr sein!“

PRESSESTIMMEN

Rhein-Zeitung

Die Zeitung aus Koblenz zur Rolle der Republikaner in den USA: „Eine Partei, deren Führer die Bedrohung ihres eigenen Lebens widerspruchslos hinnimmt, verdient nur noch den politischen Untergang. Eine Erneuerung aus sich selbst heraus scheint unmöglich, solange sie dem Hetzer in Mar-a-Lago blind ergeben ist. Die aufrechten Konservativen, die sich dem Personenkult verweigert haben, sollten eine Alternative schaffen.“

Augsburger Allgemeine

Alles was uns bewegt

„Die Fliehkräfte sind schon heute zu groß, um langfristig stabiles Regieren zu gewährleisten.“

DIE ZEITUNG AUS AUGSBURG ZUR REGIERUNGSBILDUNG IN ITALIEN

SÜDKURIER

Die Zeitung aus Konstanz zu den Corona-Selbsttests: „Gesundheitsminister Jens Spahn lässt keine Gelegenheit aus, den Selbsttest als risikobehaftet erscheinen zu lassen. Schlüssig ist das nicht. Die Vorteile des Selbsttests liegen klar auf der Hand, weswegen der Ruf danach lauter wird. Er bietet die Chance, den Bürgern zumindest einen Teil ihrer Freiheit zurückzugeben sowie den Schul- und Kita-Betrieb mit mehr Sicherheit zu bewältigen.“

la Repubblica

Die Zeitung aus Rom zum zweiten Freispruch für Ex-Präsident Trump: „Eine Amtsenthebung Trumps hätte wahrscheinlich eine Spaltung der Republikaner einläuten können oder die Kandidatur des Ex-Präsidenten als Unabhängiger: alles Szenarien, die den Demokraten bei den nächsten Wahlen neue Siege garantiert hätten. Am Ende verlief die zweite Amtsenthebung nicht sehr anders als die erste. Die Zahl der Überläufer nahm nur geringfügig zu.“

De Standaard

Die Zeitung aus Brüssel zur neuen italienischen Regierung: „In ihrem Wunsch, an diesem Experiment einer von Mario Draghi geführten Regierung teilzuhaben, bekundeten so viele Parteien ihre Unterstützung, dass Konflikte vorprogrammiert sind. Die Dringlichkeit bei der medizinischen Bewältigung der Pandemie dürfte sie verbinden. Themen wie Umwelt, Justiz, wirtschaftliche und soziale Schäden werden zu hitzigen Debatten führen.“